

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Hauptredaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—5 Uhr.

Für die Rückgabe einzelner Nummern
kann man sich bei der Redaction nicht
verantwortlich machen.
Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Inserate an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/9 Uhr.
In den Fällen für Inf.-Anzeige:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Pauls Kirche, Katharinenstr. 18, v.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Reich-Kuflage 16,400.

Abonnementspreis vierteljährlich 4^{fl.} 10^{kr.},
incl. Frangirgelder 5^{fl.} 10^{kr.},
durch die Post bezogen 6^{fl.} 10^{kr.}.
Jede einzelne Nummer 25^{kr.}.
Belagerungsplan 10^{fl.}.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 30^{kr.},
mit Postbeförderung 45^{kr.}.
Inserate 6^{kr.} pro Zeile 20^{fl.}.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.

Reklamen unter dem Redactionsschild
die Spalte 40^{fl.}.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postwechsel.

N^o 308.

Sonnabend den 9. October 1880.

74. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Sonntag den 10. October nur Vormittags bis 1/9 Uhr
geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Bekanntmachung.

die staatliche Einkommensteuer betr.
In Gemäßheit des Finanzgesetzes vom 8. März d. J. und der Ausführungsverordnung dazu von dem-
selben Tage ist der dritte Termin der diesjährigen staatlichen Einkommensteuer
den 30. September a. c.
zu einem Dritteltheile des Gesamtbetrages fällig.
Die hievorigen Steuerpflichtigen werden daher aufgefordert, ihre Steuerbeträge ungehindert und spätestens
bis zum 30. September, von dem Termine ab gerechnet, an unsere Stadt-Steuerbehörde, Brühl 51 u. Stod.,
bei Vermeidung der nach Ablauf dieser Frist gegen die Säumnigen eintretenden gesetzlichen Maßnahmen
abzuführen.
Leipzig, den 25. September 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georbl. Koch.

Bekanntmachung.

Die von uns am 18. v. M. zum Verkauf veräußerten 5 Banpläne Nr. 9—13 auf der Ostseite der
Jacobsstraße sind den Höchstbietern zugeschlagen worden und entlassen wir in Gemäßheit der Ver-
äußerungsbedingungen die Abigen Bieter hiermit ihrer Gebote.
Leipzig, den 6. October 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georbl. Gerullt.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit von § 1 der Instruction für die Ausführung von Wasserleitungen und Wasser-
anlagen in Privatgrundstücken vom 1. Juli 1880 machen wir bekannt, daß der Schlossermeister
Herr Franz Adalbert Grohmann, Nicolaisstraße Nr. 12,
und der Klempnermeister
Herr Carl Hermann Sobrowsky
zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der erforderlichen Vorrichtungen
nachgewiesen haben.
Leipzig, den 5. October 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georbl. Rißche.

Bekanntmachung.

Die Jahreszinsen der zur Unterstützung armer, alter, unbescholtener Jungfrauen in Leipzig, die sich
durch weibliche Handarbeiten ihren Lebensunterhalt verdienen, durch Krankheit, Alters- oder Kugenschwäche
aber erwerbsunfähig geworden sind, bestimmten Kontenstiftung sollen demnächst von uns verteilt werden.
Wir fordern nach vorstehenden Stiftungsbestimmungen geeignete Bewerberinnen auf, ihre begünstigten
Gesuche bis zum 20. October er. bei uns (Rathhaus, 1 Treppe, Zimmer Nr. 7) einzureichen.
Leipzig, am 6. October 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georbl. Hartwig.

Bekanntmachung.

Die am 5. d. M. Rathgefundene Vorstellung zum Besten der Pension-Rückhalt des hiesigen Stadt-
theaters hat eine Einnahme von
2315 M. 85 Pf.
ergeben, was wir hierdurch mit dem aufrichtigsten Dank für das unsrer Anstalt wieder bewiesene Wohl-
wollen zur öffentlichen Kenntniß bringen.
Leipzig, den 7. October 1880.

Der Verwaltungsausschuß des Theater-Pension-Fonds.

Die Türkei und die Großmächte.

Die Pforte verhält bei ihrem Widerstande und
bereits wird die Möglichkeit erlangen, Repressalien
zu üben, um den Pablschah und seine unklugen
Rathgeber gefällig zu machen. Der Großherr selbst
scheint die treibende Kraft zu sein, welche die Pol-
itik des türkischen Cabinets bedingt und die Groß-
macht geradezu heraufbesordert, Gewalt zu brauchen.
Sultan Abdul Hamid selbst trägt Sorge, keinen
Zweifel über die wahren Hindernisse bestehen zu
lassen, die sich der Ausführung des Berliner Ver-
trages entgegenstellen. Vor Kurzem verfügte sich
Artin Bey Dabian, der Unterstaatssecretair im
Ministerium des Auswärtigen, zum Doyen des
diplomatischen Corps, Grafen Jagfeldt, um
Rathens seines Souverains zu erklären, wenn
Europa auf die Flottenlandung verzichten und die
Flotte aus den türkischen Gewässern zurück-
ziehen wolle, so nehme er der Sultan auf sich,
Alles bis zum 3. October zu ordnen. Bis dahin
würden Dalgino und dessen Gebiet dem Fürsten
von Montenegro friedlich übergeben werden. In
dieser Unterredung gab Artin Bey neuerdings der
vom Sultan für die Uebergabe Dalginos gestellten
wesentlichen Bedingung Ausdruck, daß ihm die
Unterlösung einer Flottenlandung zu Gunsten
Griechenlands versprochen werde und daß man
ihn wegen dieser Frage für immer in Ruhe lasse.

Auf diese Vorschläge einzugehen, war natürlich
unmöglich für die Großmächte, die indeß auf die
Fortleitung der diplomatischen Action bis zur
Stunde noch nicht verzichtet haben. Die nächste
Zeit gehört jedenfalls neuen Verhandlungen, und
über einen raschen oder schleppenden Verlauf der-
selben läßt sich heute auch nicht einmal eine Ver-
muthung anstellen. Sicherlich werden die Cabine-
te auch jetzt noch die Initiative England
überlassen, und dieses scheint von den neuesten
türkischen Vorschlägen nicht beirrt und zu
weiterem härteren Druck auf die Pforte ent-
schlossen zu sein. Werden ihm die Mächte folgen
und bis wie weit? Aus London wurde gestern
berichtet, daß die zwischen den Mächten schweben-
den Verhandlungen über die Beantwortung der
türkischen Note seitens Europas einen un-
geklärten und bedrückenden Verlauf nehmen, und
daß man deren Beendigung früher, als ursprüng-
lich angenommen, entgegensteht. Die Erhaltung
des europäischen Concerts dürfte als sichergestellt
gelten.

Die hochofficiöse Wiener „Politische Correspondenz“
erhält aus Paris eine Andeutung über die
Natur der Maßregeln, welche das britische
Cabinet den europäischen Mächten zur Beantwor-
tung der letzten Note der Pforte vorge schlagen hat.
Es handle sich nämlich um einen Act collectiver
Beschlagnahme im Regalischen Meere, wodurch die
Gesamtheit der Mächte in den Besitz eines Haupt-
pontos für die Erfüllung der Verbindlichkeiten der
Pforte gegen Montenegro gelangen würde. Die
Stimmung in Paris ist der Pforte keineswegs
günstig. Die gesamte Presse fährt fort, die türkische
Note in unangenehmer Weise scharf zu kritisiren, und
sieht theilweise einer höchst traurigen Lösung der
orientalischen Schwierigkeiten entgegen. Betreffs
Frankreichs erkennt die Presse jetzt mehr an, daß
eine Pflicht und Stellung als Großmacht ihm ge-
boten, in dem europäischen Concert zu bleiben,
indem sie jedoch dabei jetzt noch nachdrücklicher be-
tont, daß sich Frankreich von jedem kriegerischen
Act fern halten müsse, ohne die constitutionelle

Zustimmung der Kammer. Trotz dieser Auf-
fassungen der Presse scheint man in diplomatischen
Kreisen die Lage weniger schwarz und nicht so
gefährdend für den Frieden anzusehen, zumal
die zweifellosen Absichten aller Mächte unbestreit-
bar dahin zielen, vor Allem das europäische Con-
cert nicht zu stören. Einige reactionäre Pariser
Oppositionsblätter betonen, daß die hochmächtige
Haltung und die Sprache der Türkei nur aus
geheimen Einflüsterungen und Versprechungen einer
anderen Macht (welcher?) zu erklären sei.

Was nun das nächste Vorgehen der Mächte an-
geht, so darf nach Wiener Berichten als nahezu
sicher gelten, daß es zu der von England vorge-
schlagenen Beschränkung der Flottenlandung
kommen wird, indem man eine neue Gesammt-
aufforderung an die Pforte richtet und diese in
der That, um ihr gebührenden Nachdruck zu geben,
von einer in das Regalische Meere entsandten
Flotte begleitet läßt. Die Welt könnte sodann
das halbwegs komische Schauspiel erleben, daß in
der Ostsee, Ost- oder Westsee gegen die Türkei
dieselben englischen Schiffe gegen die Türkei auf-
treten, die im Jahre 1878 zu Disraeli's Zeiten
für dieselbe demonstrieren. Einige Zeit freilich
wird noch immer vergehen, bis es dazu kommt;
jetzt handelt es sich erst um die Prüfung der tür-
kischen Vorschläge, die immerhin einige Tage be-
anspruchung dürfte. Im voraussetzlichen Falle der
Ablehnung dieser Vorschläge wird England
seinen Operationsplan enthalten und die Discus-
sion darüber wird bis zur hergestellten Vereinbar-
ung wieder einige Tage rauben. Dann erst folgt
das Ultimatum, begleitet von der Flottenlandung
gegen die Regalische Meere — kurzum die eigen-
liche Action ist wieder auf Wochen hinausgeschoben,
und in der Zwischenzeit wird wohl große Geschäft-
lichkeit in der Diplomatie herrschen, es wird aber
wenigstens nicht bombardirt werden, und auch Das
ist ein Gewinn.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 8. October.

Wird wirklich in absehbarer Zeit ein monu-
mentaler Kunstbau für den deutschen Reichs-
tag zu Stande kommen? Diese Frage bewegt
die Mitglieder des Parlaments nicht minder als
alle Volkstheile, welche ein Herz für die Würde
des Vaterlandes haben. Dem Wunsch des Kaisers
folgend, hat die Regierung die Unterhandlungen
mit dem Grafen Raczinsky wieder angeknüpft
und ist geneigt, dem Reichstage im Januar oder
Februar einen neuen Entwurf zukommen zu lassen.
Fraglich ist allerdings, ob sich in der nächsten
Session für das Project eine Mehrheit finden
wird, die in der vorletzten bei gleichem Hause
nicht zu haben war. Und doch wäre eine end-
gültige Entscheidung dieser Frage im höchsten
Grade wünschenswert.

Der jugendliche Hohenzoller, welcher vor
kurzem von einer Weltreise in das Vaterland zu-
rückgekehrt ist, hat auch in wissenschaftlicher Be-
ziehung den Anforderungen entsprochen, welche der
Dienst in der Reichsmarine erheischt. Wie
aus Kiel vom Mittwoch gemeldet wird, ist die
Seeofficier-Prüfung der mit der Corvette „Prinz
Adalbert“ heimlich in den Seeadetten beendet wor-
den. Prinz Heinrich soll mit „gut“ bestanden
haben. Diejenigen Seeadetten, welche die Prü-
fung bestanden haben, werden dem orisantwefenden
(Kaiser) Seeofficiercorps der Marineinfanterie der

Ostsee zur Wahl gestellt, die Gewählten alsdann
mittels Gesuchliste von der 1. Matrosen-division
zur Beförderung zum Unterleutnant z. S. in
Vorschlag gebracht. Die geprüftten Seeadetten
sind bis zum Beginn des Unterrichts in dem
neuen Officiercörs der Marineschule, der am
2. Nov. stattfindet, beurlaubt. Prinz Heinrich
verließ bereits Kiel, um sich nach Berlin resp.
Potsdam zu begeben.

Wie wir gestern telegraphisch meldeten, hat sich
zu den Jahrestagen gegen die Secession und für
das Zusammenhalten des alten Parteiverbandes
zur Beförderung zum Unterleutnant z. S. in
Vorschlag gebracht. Die geprüftten Seeadetten
sind bis zum Beginn des Unterrichts in dem
neuen Officiercörs der Marineschule, der am
2. Nov. stattfindet, beurlaubt. Prinz Heinrich
verließ bereits Kiel, um sich nach Berlin resp.
Potsdam zu begeben.

Die preussische Regierung hat augenschein-
lich Bedenken getragen, mit der nationallibe-
ralen Partei in offizielle Verbindung zu treten.
Daher hätten sich die officiellen Blätter wohl die
Mühe ersparen können, ausdrücklich zu constatiren,
daß der ehemalige Finanzminister Hobrecht bei
der Candidatenfrage für das Oberpräsidium von
Schleswig-Holstein nicht in Betracht ge-
kommen sei. So eng ist leider die Verbindung der
Nationalliberalen mit der Regierung noch
nicht, daß ein Mitglied der Partei zu einem der
wichtigsten Posten, welche der preussische Staat zu
vergeben hat, berufen werden sollte.

Wie aus Hamburg gemeldet wird, entwickeln
die Herren Eugen Richter und Genossen in den
Seestädten eine wahrhaft großartige agitatorische
Thätigkeit. Angesichts des bevorstehenden Parteio-
tags der Fortschrittspartei in Nordwest-
deutschland wird die Vervollständigung der
localen Organisation des Hamburgischen Fort-
schrittvereins mit allem Eifer betrieben. In der
großen Anzahl der dasigen Reichstagswahlbezirke,
die bisher noch ohne Bezirksvereine waren, wer-
den solche jetzt mit aller Hast errichtet, vorläufig
zu dem Zweck, um Vertrauensmänner und Dele-
girte für den Parteitag wählen zu können. Daß
dabei auch sog. Bezirksvereine vorkommen, in denen
nach Ernennung der Vorstandsmänner und Ver-
trauensmänner keine Mitglieder übrig bleiben,
welche von Jenen vertreten werden könnten, thut
weiter Nichts zur Sache. Es werden jetzt auch
emfängige Anstrengungen gemacht, um den Ortsverein
mit der Fortschrittspartei für ein Zusammengehen
Reichstagswahl zu gewinnen, bis jetzt freilich ohne
Erfolg.

Hinsichtlich der von vielen Seiten gewünschten und
erhofften Revision der Gerichtslosten be-
rührt sich leider durchaus, daß es schwerlich mög-
lich sein wird, der Frage in der nächsten Reichs-
tagssession näher zu treten. Dagegen erweist
es sich als ein Irrthum, wenn die Schuld dafür
der preussischen Regierung beigemessen wird. Dieselbe
hat, ebenso wie die Reichsbehörde, dem Gegenstande die
größte Aufmerksamkeit geschenkt und es sind die-

jenigen Maßnahmen angeordnet worden, welche
diese Frage in weitere Erwägung zu ziehen
haben. Zu denselben gehört in erster Reihe
die Untersuchung der einzelnen zur Kenntniß
der Justizverwaltung kommenden Fälle; aber
gerade hier hat sich gezeigt, daß in den aller-
meisten Fällen nicht die Gerichtslosten die
Schuld an der Höhe der Proceßkosten tragen,
sondern der von den Parteien eingeschlagene Weg
des Proceßverfahrens und in manchen Fällen die
Proceß-Ordnung indirect. Seitens der Reichs-
behörde werden durch die einzelnen Justizbehörden
der Bundesstaaten Erhebungen angestellt, welche
die Unterlage für eine gesetzliche Maßnahme zu
anderweitiger Regelung der Gerichtslostenfrage zu
liefern bestimmt sind. Nach den von der preußi-
schen Justizbehörde angestellten Untersuchungen
dürfte eine Unterlage für Gesetzes-Entwerfung aus
den oben angeführten Punkten kaum gefunden
werden können.

Nach Berliner Nachrichten beschränkt sich
allmählich die unbesonnene Agitation um
Aufhebung des Civilstandgesetzes
in Preußen ausschließlich auf die extremen
Elemente der hochkirchlichen und conservativen
Partei. Es ist nicht anzunehmen, daß von frei-
conservativer Seite diese Bestrebungen Unter-
stützung finden werden. Interessant ist die Er-
klärung der jesuitischen „Germania“, welche eine
besondere Erhebung des Centrums für Aufhebung
des bekanntlich unter Bekämpfung der Ultra-
montanen zu Stande gekommenen Rechtszustandes
nicht voraussehen läßt. Innerhalb der preussischen
Regierung ist, so heißt es, die Frage auch nicht
annähernd irgend wie Gegenstand der Erwägung
gewesen, wohl aber ist Grund zu der Annahme ver-
handen, daß die preussische Regierung der Frage
gegenüber eine durchaus ablehnende Haltung an-
nehmen möchte. Es wird sich Dies bei den De-
batten über die betreffenden Petitionen zu zeigen
haben.

Als Termin für den Zusammentritt des preußi-
schen Landtages wird jetzt auch der 28. October
genannt. Eine feste Bestimmung ist aber noch nicht
getroffen worden und wird wohl erst nach der Rück-
kehr des Kaisers nach Berlin erfolgen. Nur
Das dürfte feststehen, daß die Regierung die Ab-
sicht hat, den Landtag noch in diesem Monat zu
berufen.

In Berlin wird berichtet, daß die Publi-
cation der Immediateingabe Rheinischer Ultra-
montanen an den Kaiser selbst die Vorstellungen
der ärgsten Bestmüthen in den höchsten Kreisen
übertroffen habe, ja es wird bezweifelt, ob
Se. Majestät jetzt überhaupt noch geneigt sein
werde, die Eingabe, wie es im Bescheide des Hof-
marschallamts offen gehalten war, nach dem Dom-
aufseife entgegenzunehmen. Daß der Zwischenfall
den kirchenpolitischen Debatten der nächsten preußi-
schen Landtagssession eine sehr intensive Borbe-
leuchtung giebt, ist natürlich, und so hat es denn
die „veröhnliche“ Politik des Herrn von But-
tamer glücklich dahin gebracht, die leidenschaftlichen
des Culturkampfes bis an die Stelle bringen zu
lassen, an der sie bis dahin eine allseitig aner-
kannte Schranke fanden und die während der
Ausführung des Minister's Fall vor jeder Ein-
mischung in die öffentlichen Debatten bewahrt
geblieben ist.

Der „Voss. Ztg.“ wird bestätigt, daß dem
Reichstage wennmöglich in seiner nächsten
Session der Entwurf einer Militärstraf-